

Bure, den 11. März 2021

## Brief an die politisch Verantwortlichen

### Projekt Cigéo (Bure): Die französischen Behörden müssen sich an die Übereinkommen von Aarhus und Espoo halten

Die französischen Behörden haben sich dafür entschieden, den gefährlichsten Atommüll in einem geologischen Tiefenlager zu lagern.

Das als nukleare Basiseinrichtung geplante Projekt Cigéo<sup>1</sup> wäre beispiellos in seiner Art: Die langlebige Radioaktivität der hoch- und mittelradioaktiven Abfälle, die dort gelagert werden sollen, entspräche 99,8 % der Gesamtradioaktivität aller Endabfälle aus der französischen Atomstromproduktion.

Seit 25 Jahren werden entsprechende Untersuchungen durchgeführt. 150 Jahre lang sollen in 500 m Tiefe 270 km lange Tunnel (also länger als die Tunnel der Pariser Metro) gegraben und entsprechend den Baufortschritten mit Atommüll befüllt werden. Dieser Müll, der Zehntausende Jahre lang gefährlich bleibt, würde dort endgelagert. Der Cigéo-Standort liegt im Nordosten Frankreichs in Bure im Département Meuse. Das sind 220 km Luftlinie östlich von Paris und 180 km westlich von Straßburg. Weitere Entfernungen:

- für Deutschland: 140 km von Saarbrücken, 190 km von Freiburg im Breisgau, 280 km von Stuttgart,
- für Belgien: 120 km von Virton, 237 km von Lüttich, 270 km von Brüssel
- für Luxemburg: 135 km von Luxemburg-Stadt,
- für die Niederlande: 260 km von Maastricht,
- für die Schweiz: 190 km von Basel und 235 km von Bern.

Seit Jahren warnen die unterzeichnenden Organisationen vor den Gefahren dieses Projekts, das aufgrund seiner kolossalen Größenordnung, seiner Kosten und seiner langfristigen Gefährlichkeit mit Fug und Recht als größtes „unnützes und aufgezwungenes Großprojekt“ Europas bezeichnet werden kann. Die einzigen drei Tiefenendlager dieser Art, die es weltweit bereits gibt, haben alle mit Problemen zu kämpfen, mit schweren Betriebsstörungen, Unfällen und Umweltschäden.

Heutzutage kann niemand mehr behaupten, dass radioaktive oder feinstaubbelastete Wolken an den Grenzen Halt machen würden oder dass für einen Zeitraum von 100.000 Jahren relevante politische Entscheidungen sich nur innerhalb der derzeitigen Grenzen Frankreichs auswirken würden.

Deshalb sind wir der Ansicht, dass alle unsere Nachbarländer von diesem Projekt ebenfalls betroffen sind. Gleichwohl wurden die Bewohner der angrenzenden Regionen unserer Nachbarländer niemals angehört, obwohl sie darauf Anspruch gehabt hätten.

Denn sowohl das Übereinkommen von Aarhus als auch das Übereinkommen von Espoo, denen auch alle vom Projekt Cigéo betroffenen Nachbarländer beigetreten sind, sehen eine Pflicht zur möglichst umfassenden und frühzeitigen Information und Beteiligung der Öffentlichkeit vor, damit sie sich aktiv am Entscheidungsprozess beteiligen kann: In Anhang I Ziffer 1 des Übereinkommens von Aarhus wird ausdrücklich die Lagerung von Kernbrennstoffen genannt, ebenso wie in der Anlage (Ziffer 3).

Da die französische Regierung ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen ganz offenkundig missachtet, wenden wir uns an Sie mit der Bitte,

- die französische Regierung an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern;
- von Ihren Rechten Gebrauch zu machen und die französische Regierung zur Übermittlung VOLLUMFÄNGLICHER Informationen über das Projekt CIGEO an die Behörden und die Öffentlichkeit der europäischen Länder zu zwingen;
- zu verlangen, dass diese Informationen unverzüglich und nicht erst im weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens übermittelt werden;
- falls dies nicht geschieht, den Ausschuss für die Durchführung der Espoo-Konvention und den Ausschuss zur Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Aarhus-Konvention anzurufen.

---

1 AdÜ: Abkürzung für Centre industriel de stockage géologique = Industrielles Zentrum für geologische Tiefenlagerung.

So heißt es in Artikel 6 Absatz 4 der Aarhus-Konvention: „Jede Vertragspartei sorgt für eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu einem Zeitpunkt, zu dem alle Optionen noch offen sind und eine effektive Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden kann.“

Die Espoo-Konvention sieht vor, dass den betroffenen Vertragsparteien „vor einer Entscheidung über die Genehmigung ..., die voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen hat“, eine Umweltverträglichkeitsprüfung zur Verfügung gestellt wird (Artikel 2 der Espoo-Konvention). Absatz 6 enthält folgende Präzisierung: „Die Ursprungspartei gibt der Öffentlichkeit ... in den voraussichtlich betroffenen Gebieten Gelegenheit, sich an den einschlägigen Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung in Bezug auf geplante Tätigkeiten zu beteiligen; sie stellt sicher, dass die der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei gegebene Gelegenheit der ihrer eigenen Öffentlichkeit entspricht“.

Ganz offensichtlich war bisher keine französische Regierung dazu bereit.

Vielmehr hat das Projekt jetzt eine neue entscheidende Stufe des Genehmigungsverfahrens erreicht, und zwar wurde die „Erklärung des öffentlichen Interesses“ beantragt.

Ebenso wie die Umweltbehörde bedauern die unterzeichnenden Organisationen, dass die diesem Antrag beigefügte und unter Verstoß gegen die UVP-Richtlinie 2011/92/EU nur der französischen Bevölkerung zugänglich gemachte Umweltverträglichkeitsprüfung in wesentlichen Punkten unzulänglich ist.

Wir hoffen, dass auch Ihnen die Wahrung des Rechts der Öffentlichkeit auf Information und Beteiligung am Herzen liegt, zumal es hier um ein bislang beispielloses Projekt von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unserer Grenzregionen geht.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

**Unterzeichner\*:** Arrêt Du Nucléaire, ATTAC France, la Confédération Paysanne, la Coordination Stop Cigéo, GlobalChance, Greenpeace France, la Fondation Danièle Mitterrand – France Libertés, France NatureEnvironnement, le Réseau Action Climat, le Réseau Sortir du Nucléaire, Solidaires, Sud Énergie, Sortir duNucléaire Paris.

\*Alle diese Organisationen sind Mitglieder des Front Associatif et Syndical contre Cigéo ([stop-cigeo@riseup.net](mailto:stop-cigeo@riseup.net)). Der Coordination Stop Cigéo gehören folgende lokale Vereine an: Asodedra, Bure Stop 55, Bure Zone Libre, Cacendr,Cedra, Eodra, les Habitants Vigilants de Gondrecourt, Meuse Nature Environnement.

Inzwischen wird der Brief der französischen Zivilgesellschaft auch von Gruppen in Deutschland unterstützt.